SkB Wagner regte an, den Beschlussvorschlag um eine Berichtspflicht der Verwaltung als dritten Punkt zu ergänzen. Wenn die Änderungen der Richtlinie als laufendes Geschäft in der Verwaltung angesehen würden, solle der Ausschuss zeitnah informiert werden, damit er die Möglichkeit zur Nachbesserung habe.

Abg. Rothe bat darum, über die im Beschlussvorschlag genannten Punkte 1. und 2. getrennt abstimmen zu lassen. Es werde in Punkt 2. ausgesagt, dass geringfügige inhaltliche Anpassungen zum laufenden Geschäft der Verwaltung erklärt werden sollten. Er würde wissen wollen, was verändert werde.

SkB Smielick fragte, ob es sinnvoll sei, die Richtlinie des Landes, die gerade knapp ein halbes Jahr alt sei, jetzt schon zu berücksichtigen, da sich auf Landesebene in den nächsten Monaten sicherlich noch etwas tun werde.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese entgegnete, dass die Landwirte, schließlich wissen müssten, in welchem Rahmen sie sich bewegen könnten. Diesbezüglich dürfe es keinen Stillstand geben.

Abg. Albrecht fragte, inwieweit EU-Mittel in das Kulturlandschaftsprogramm des Rhein-Sieg-Kreises hineinfließen, welches an die europäische Agrarpolitik, insbesondere die ELER-Verordnung, angedockt sein dürfte. Er erkundigte sich darüber hinaus, ob es seitens des Bundes bzw. des Landes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ Förderungen gebe. Weiterhin stellte er die Frage, ob das Kulturlandschaftsprogramm auch für Bonn gelte. Bezüglich Streuobstwiesen habe es doch in der Vergangenheit ein gemeinsames Programm gegeben.

TA Rüter erklärte, dass in dem Kulturlandschaftsprogramm bzw. in der Rahmenrichtlinie Vertragsnaturschutz des Landes Nordrhein-Westfalen 45 % EU-Mittel enthalten seien. Das andere Förderprogramm „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sei noch in Vorbereitung.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn führte TA Rüter aus, dass in der Stadt Bonn nur die Flächen in den Naturschutzgebieten förderfähig seien sowie Maßnahmen auf den Ackerflächen. Die Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn gestalte sich dahingehend, dass der Rhein-Sieg-Kreis als Untere Naturschutzbehörde Bewilligungsbehörde sei. Der Rhein-Sieg-Kreis übernehme den verwaltungstechnischen Teil, damit die Stadt Bonn hierfür keinen eigenen Apparat bzw. kein eigenes Fachwissen vorhalten müsse. Für die Verwaltungstätigkeit gebe es eine Aufwandsentschädigung durch die Stadt Bonn.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgten, erklärte Vorsitzender Abg. Dr. Griese, dass er dem Wunsch des Abg. Rothe entsprechend über die Punkte 1. und 2. des Beschlussvorschlages getrennt abstimmen lassen werde. Ferner werde er dem von SkB Wagner vorgetragene Wunsch der Koalition entsprechend über einen dritten Punkt abstimmen lassen, der beinhalte, dass die Verwaltung jährlich einmal über die Anpassung der Richtlinien berichte.